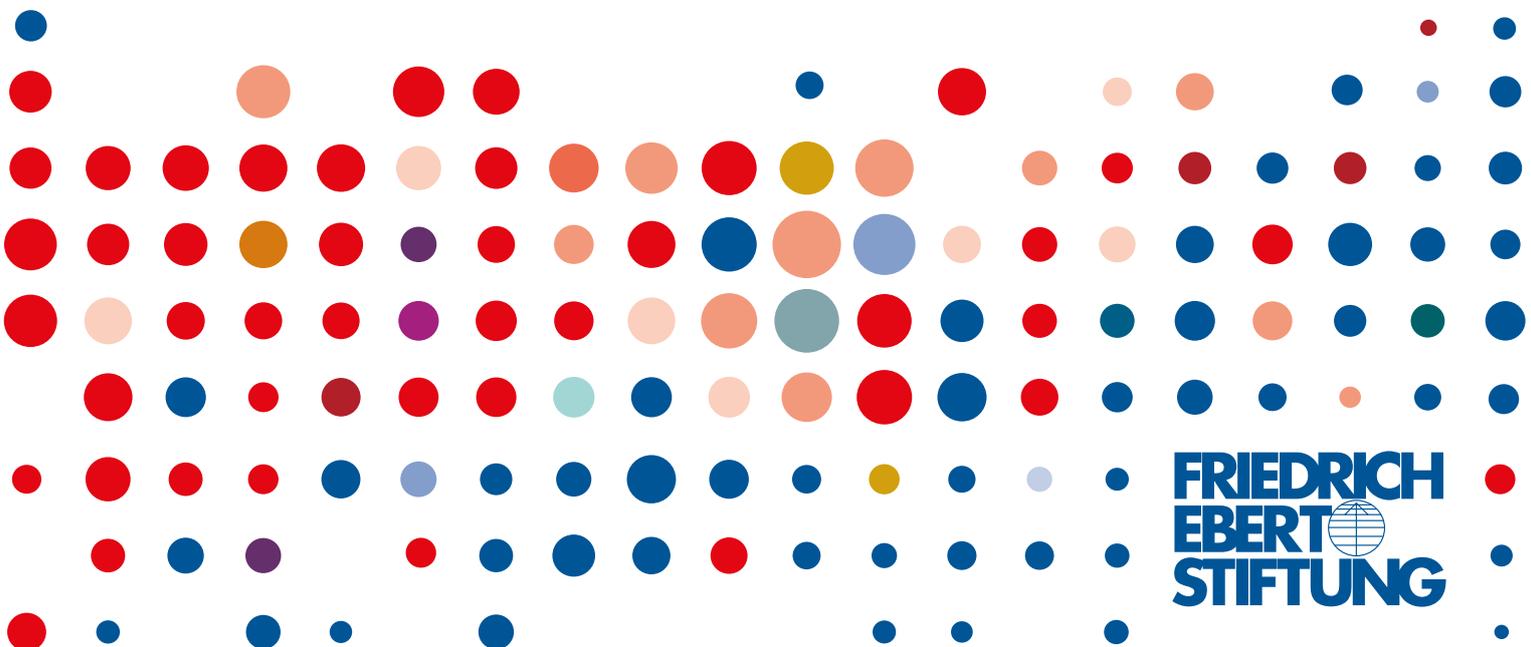


AUF DER SUCHE NACH SOLIDARISCHER EUROPÄISIERUNG

Miran Lavrič, 2019

FÜNF PUNKTE ZUR JUGEND IN DEN SECHS LÄNDERN DES WESTLICHEN BALKANS

- 1** Die Jugend in allen sechs Ländern des Westlichen Balkans (WB6) ist mit sehr ungünstigen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert, während die Situation wesentlich besser für Jugendliche aus den SMitgliedsländern der EU in Südosteuropa (SOE-EU-Länder) aussieht.
- 2** Informelle Praktiken werden als außerordentlich weitverbreitet wahrgenommen und werden von Jugendlichen in der gesamten Region zunehmend häufiger toleriert.
- 3** Das Emigrationspotenzial unter Jugendlichen aus den WB6-Ländern ist weiterhin sehr hoch und im Vergleich viel größer als in den SOE-EU-Ländern.
- 4** Eine große Mehrheit der Jugendlichen in WB6 befürwortet eine solidarische Europäisierung, aber es gibt auch Anzeichen wachsender autoritärer Tendenzen.
- 5** Das Interesse an Politik ist sehr gering und in den letzten Jahren noch zurückgegangen. Trotzdem scheint das demokratische Potenzial der WB6-Jugend, was ihr Wahlverhalten und zivilgesellschaftliches Engagement anbetrifft, auch im Vergleich zu den SOE-EU-Ländern beträchtlich zu sein.



Der Westliche Balkan sollte mehr in seine jüngere Generation, unsere zukünftigen EU-Bürger_innen, investieren und ihr eine Perspektive für die Zukunft, nicht die Vergangenheit eröffnen.

– Europäische Kommission, 2018¹

Einleitung

In den letzten Jahren widmeten Wissenschaftler_innen und politische Entscheidungsträger_innen der Jugend in den sechs Westbalkan-Ländern (WB6) – Albanien, Bosnien und Herzegowina (BuH), Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien – vermehrt ihre Aufmerksamkeit. Zwar werden die jungen Menschen in diesen Ländern häufig als potenzieller Lichtblick bei der Demokratisierung und Europäisierung² gesehen, doch zeichnen empirische Studien diesbezüglich ein eher ungünstiges Bild. Auf der Grundlage einer Reihe neuerer Jugendstudien, die in der Region zwischen 2011 und 2015 (FES Youth Studies 2011–2015) durchgeführt wurden, sprechen Jusić und Numanović sogar von der ‚ausgeschlossenen Generation.‘ Sie kommen zu dem Schluss, dass die Beschäftigungsaussichten für junge Menschen ausgesprochen düster sind und dass sich die meisten von ihnen in einer schwierigen sozioökonomischen Lage befinden, die eng verknüpft ist mit dem weit verbreiteten Wunsch auszuwandern.³ Die Autoren betonen ebenfalls, wie verbreitet die Politikverdrossenheit und wie gering die politische Beteiligung der Jugendlichen in der gesamten Region sind.

Dieses Kurzpapier basiert auf der Analyse einer repräsentativen Umfrage⁴ unter Jugendlichen im Alter von 14 bis 29 Jahren, die in der ersten Jahreshälfte 2018 in den WB6-Ländern und den vier südosteuropäischen EU-Mitgliedsländern Bulgarien, Kroatien, Rumänien und Slowenien (SOE-EU-Länder). Es untersucht die aktuelle Situation der Jugendlichen in den WB6-Ländern in verschiedenen Bereichen des Lebens und vergleicht sie mit der Situation der Jugendlichen in den SOE-EU-Ländern. Auf Grundlage dieser Analyse werden schließlich allgemeine Empfehlungen zur Verbesserung der Zukunft und des Wohlbefindens junger Menschen in der Region und zur Stabilisierung ihrer Rolle in der Gesellschaft ausgesprochen.

1

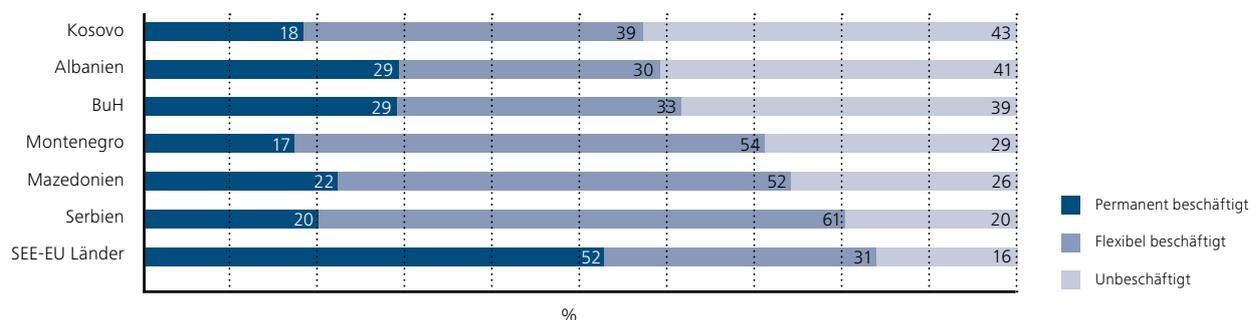
Die Jugend in allen WB6-Ländern ist mit sehr ungünstigen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert, während die Situation wesentlich besser für Jugendliche aus den SOE-EU-Ländern aussieht.

In der gesamten Region leiden Jugendliche weiterhin unter hoher Arbeitslosigkeit, erleben prekäre Arbeitsbedingungen und viele unter ihnen sind nicht in Arbeit, Schule oder Ausbildung (engl. Abk. NEET). Die Jugendarbeitslosigkeit bewegt sich zwischen 20% in Serbien und 43% in Kosovo und liegt beträchtlich über der in den SOE-EU-Ländern. Insbesondere stechen dabei Albanien, Kosovo und BuH hervor mit den höchsten Arbeitslosenraten und auch sehr hohen NEET-Raten, die von 20% der Jugendlichen in BuH bis 25% in Albanien reichen.

Die Forschungsdaten zeigen, dass selbst junge Menschen, die einen Arbeitsplatz haben, sich eher in einem irgendwie flexibel gearteten Beschäftigungsverhältnis befinden, das üblicherweise durch prekäre Arbeitsbedingungen geprägt ist. Aus Abbildung 1 wird deutlich, dass der Anteil flexibler Beschäftigungsverhältnisse⁶ unter jungen Arbeitskräften in fast allen WB6-Ländern erheblich über dem der vier SOE-EU-Länder liegt und von 30% in Albanien bis zu 62% in Serbien reicht. Interessanterweise entspricht die Einordnung der Länder nach prekärer Beschäftigung ziemlich genau ihrem Rang bei den Arbeitslosenzahlen. Das deutet darauf hin, dass die Länder in der Region die etwas niedrigeren Jugendarbeitslosenraten größtenteils auf Kosten wachsender Unsicherheit für junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt erzielen. Am auffälligsten ist der Unterschied zwischen den WB6 und den SOE-EU-Ländern bei den festen Beschäftigungsverhältnissen, da nur 22% der Jugendlichen in der WB6-Region eine feste Stelle haben im Gegensatz zu 52% in den SOE-EU-Ländern.

Der Hauptgrund für die ungünstigen Arbeitsmarktbedingungen für Jugendliche liegt in den allgemeinen makroökonomischen Bedingungen der WB6-Länder. Zwar werden diese Bedingungen in den FES-Jugendstudien nicht erfasst, doch offenbaren die erhobenen Daten wichtige Faktoren auf Ebene der Individuen, die den Beschäftigungsstatus der junger Menschen beeinflussen könnten.

ABBILDUNG 1: Junge Arbeitskräfte in WB6 und SOE-EU entsprechend ihrem grundlegenden Beschäftigungsstatus (%) (Alter 15–29)⁵



Unsere Analysen bestätigen die bekannten Muster der Reproduktion sozialer Ungleichheiten, die in der Beziehung zwischen dem allgemeinen sozioökonomischen Status junger Menschen und deren Situation auf dem Arbeitsmarkt erkennbar sind. So ist Arbeitslosigkeit eher unter jenen Jugendlichen anzutreffen, deren Eltern nur eine Primarschule abgeschlossen haben sowie jenen, die aus finanziell schlechter gestellten Haushalten stammen. Außerdem kommen junge Menschen mit NEET-Status eher aus bildungsfernen Haushalten, weniger materiellem Besitz und in schlechterer finanzieller Lage. Es bestehen bei wesentlichen Prädiktoren nur minimale Abweichungen, wenn es um die Wahrscheinlichkeit prekärer Beschäftigung geht: feste Beschäftigungsverhältnisse sind weiter verbreitet unter Jugendlichen mit höherem Bildungsstatus, bei denen die Eltern ein höheres Bildungsniveau haben und jenen, die aus finanziell besser gestellten Haushalten stammen.

2

Informelle Praktiken werden als außerordentlich weitverbreitet wahrgenommen und werden von Jugendlichen in der gesamten Region zunehmend häufiger toleriert.

Einige Ergebnisse lassen darauf schließen, dass informelle Praktiken bei formellen Verfahren unter Jugendlichen in der gesamten Region sehr verbreitet sind, und zwar in wachsendem Maße. Wir haben unsere Umfrageteilnehmer_innen nicht nach ihrer persönlichen Verstrickung in informelle Praktiken gefragt, da dies methodisch problematisch wäre, aber aus den Wahrnehmungen und Einstellungen junger Menschen gegenüber informellen Praktiken lassen sich entsprechende Rückschlüsse ziehen.

Wie aus Abbildung 2 erkennbar wird, besteht eine sehr starke Wahrnehmung von Korruption sowohl in Bezug auf formale Bildung wie auch den Arbeitsmarkt; dies deutet darauf hin, dass solche Wahrnehmungen wahrscheinlich auch in Bezug auf Praktiken innerhalb anderer öffentlicher Einrichtungen wie dem Gesundheitswesen oder den Gerichten gelten. Es sollte dabei nicht unerwähnt bleiben, dass seit 2008 und mit Ausnahme Albanien die Jugendlichen in der Region aufgeschlossener geworden sind für informelle Praktiken wie z. B. Bestechungsgelder anbieten/annehmen, ‚Beziehungen‘ in formellen Verfahren spielen lassen oder Steuern vermeiden.

Diese Erkenntnisse weisen auf eine Situation hin, die manchmal als ‚Alltagskorruption‘ bezeichnet wird.⁸ Dabei werden korrupte Praktiken oft als gegeben hingenommen und verfestigen sich in einer Abwärtsspirale, bei der Menschen zunehmend das Gefühl haben, nicht viel anderes tun zu können als mitzumachen bei dem, was die meisten anderen in der Gesellschaft anscheinend auch tun.⁹ Wir können feststellen, dass eine solche Situation für die WB6-Länder erheblich typischer ist als für die SOE-EU-Länder, was darauf schließen lässt, dass sich der Grad der Europäisierung – zumindest was die Vollmitgliedschaft in der EU betrifft – vermutlich dahingehend auswirkt, dass das Ausmaß korrupter (oder anderer informeller) Praktiken zurückgeht.

Was die Wahrnehmung von Korruption in der formalen Bildung im Besonderen anbetrifft, verweisen Vergleiche mit den Studien FES Youth Studies 2011–2015 auf einen erheblichen Anstieg in BuH (von 36% auf 72%) und in Serbien (von 46% auf 80%), während solche Wahrnehmungen in anderen Ländern weiterhin sehr verbreitet sind. Die Analyse ergab auch, dass gebildetere junge Menschen eher vom Vorhandensein von Korruption überzeugt sind. Aufgrund ihrer längeren Erfahrung im Bildungswesen haben sie auch eher Erfahrung mit solchen Praktiken gemacht, was den Schluss nahelegt, dass diese beobachteten Wahrnehmungen die aktuelle Situation tatsächlich widerspiegeln.

Es überrascht nicht, dass ein ähnliches Ausmaß informeller Praktiken auch für den Bereich des Arbeitsmarktes wahrgenommen

ABBILDUNG 2: Die Wahrnehmungen junger Menschen in Bezug auf das Vorhandensein informeller Praktiken⁷

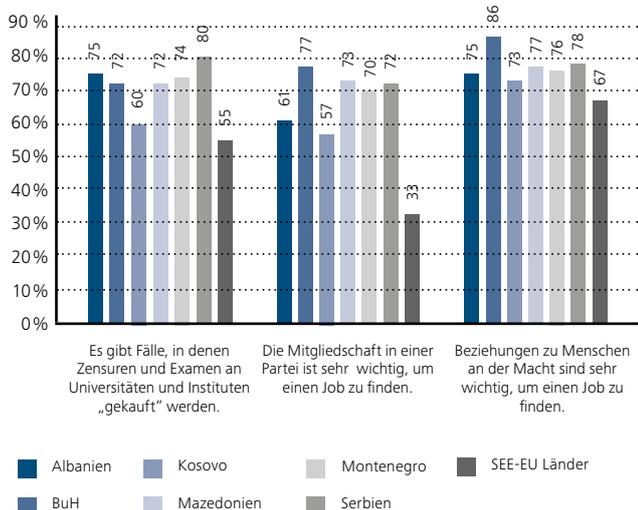
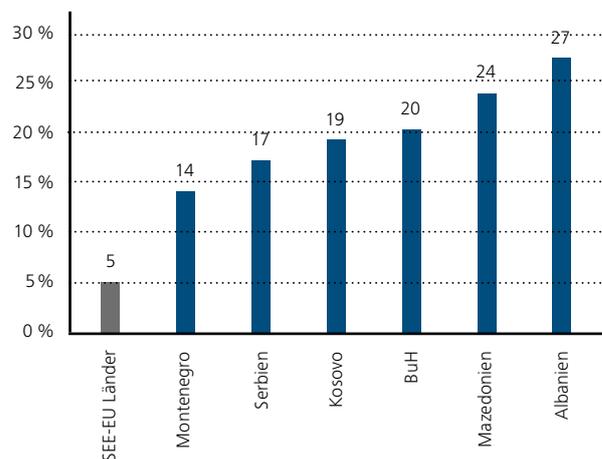


ABBILDUNG 3: Anteil junger Menschen mit einem starken oder sehr starken Wunsch, für länger als zehn Jahre auszuwandern.¹⁰



wird. Diesbezüglich unterscheiden sich die WB6-Länder auffallend von den SOE-EU-Ländern, insbesondere wenn es um die Annahme geht, dass die Mitgliedschaft in einer Partei bei der Stellensuche außerordentlich hilfreich sein könnte. Damit eng verbunden ist der Befund, dass junge Menschen in den WB6-Ländern von einer sehr starken Präferenz für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst berichten. Diese Präferenz korreliert außerdem positiv mit der wahrgenommenen Bedeutung einer Parteimitgliedschaft bei der Stellensuche, was bedeuten könnte, dass die Mitgliedschaft junger Menschen in politischen Parteien hauptsächlich in dem Wunsch nach einer Stelle im öffentlichen Dienst begründet ist.

3

Das Emigrationspotenzial unter Jugendlichen aus den WB6-Ländern ist weiterhin sehr hoch und im Vergleich viel größer als in den SOE-EU-Ländern.

Vergleiche mit den Daten aus den FES Youth Studies 2011–2015 lassen vermuten, dass sich das Emigrationspotenzial in der gesamten WB6-Region auf einem hohen Niveau stabilisiert hat, außer in Albanien und Kosovo, wo es in den letzten Jahren leicht gesunken ist. Trotzdem zeigt Abbildung 3, dass auch unter Jugendlichen aus diesen zwei Ländern der Auswanderungswunsch noch relativ verbreitet ist.

Vergleichsdaten der Studien von FES Youth Studies 2011–2015 zeigen auch, dass der Anteil derjenigen, die nicht auswandern möchten, in drei von vier SOE-EU-Ländern erheblich gestiegen ist.¹¹ Dies deutet darauf hin, dass Veränderungen im Zuge der EU-Mitgliedschaft eines Landes das Ausmaß der Jugendemigration – zumindest langfristig – beträchtlich eindämmen könnten. Dies gilt

insbesondere bei langfristiger Emigration. Abbildung 3 verdeutlicht, dass eine langfristige Emigration auffallend häufiger in den WB6-Ländern als in den SOE-EU-Ländern geplant wird. Natürlich ist das Emigrationspotenzial sehr viel höher, wenn man auch junge Menschen mitzählt, die für weniger als 10 Jahre das Land verlassen wollen. In diesem Fall reicht der Anteil junger Menschen mit einem starken oder sehr starken Wunsch auszuwandern von 26 % in Montenegro bis 43 % in Albanien.

Zwar werden wirtschaftliche Gründe am häufigsten als Grund für den Emigrationswunsch angeführt, doch wirkt sich der sozio-ökonomische Status in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich aus. In Albanien z. B. emigrieren eher junge Menschen, die aus finanziell besser gestellten Haushalten stammen, gebildete Eltern haben und selber eine bessere Bildung genossen haben.¹² Demgegenüber emigrieren finanziell besser gestellte Jugendliche aus BuH und Kosovo weniger häufig. In ähnlicher Weise korreliert in Mazedonien ein besseres Bildungsniveau der Eltern mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit, dass man auswandert. Diese Ergebnisse lassen vermuten, dass das Problem der Abwanderung von gut ausgebildeten Fachkräften, des sogenannten brain drain, in Albanien am stärksten ausgeprägt ist, da es dort eher besser ausgebildete junge Menschen sind, die das Land verlassen, während dies in Ländern wie BuH, Kosovo und Mazedonien weniger der Fall zu sein scheint.

ABBILDUNG 4: Unterstützung für die Ideen eines starken Sozialstaats und einer starken politischen Führung

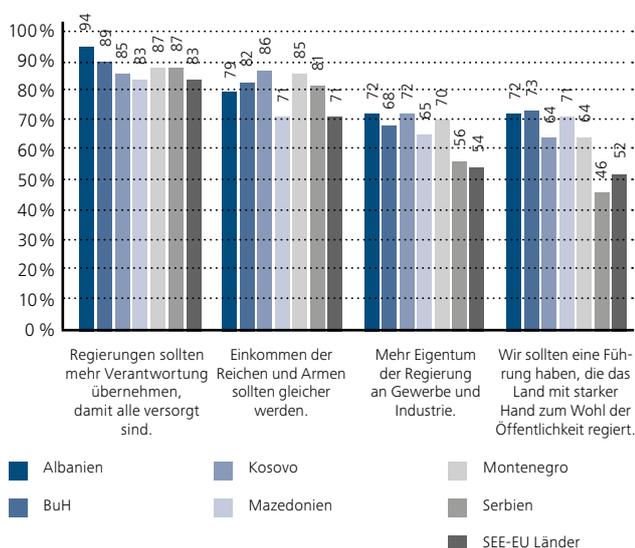
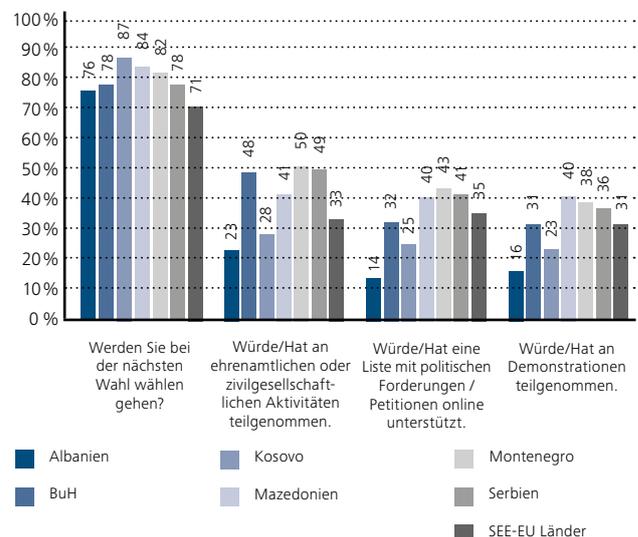


ABBILDUNG 5: Indikatoren für das Potenzial für konventionelle und nicht-konventionelle politische Beteiligung



4

Eine große Mehrheit der Jugendlichen in WB6 befürwortet eine solidarische Europäisierung, aber es gibt auch Anzeichen wachsender autoritärer Tendenzen.

Die Jugendlichen des Westlichen Balkans sind durchweg proeuropäisch. Es gibt starke Unterstützung für eine Mitgliedschaft in der EU, die zwischen 81 % in Mazedonien und 95 % in Albanien liegt. Zwar ist sie in Serbien erheblich niedriger, aber auch dort unterstützt eine Mehrheit von immerhin 56 % einen solchen Schritt. Unsere Vergleiche mit den Ergebnissen der FES Youth Studies 2011–2015 lassen außerdem den Schluss zu, dass diese Unterstützung in den letzten Jahren noch gewachsen ist.¹³ Eine stark proeuropäische Einstellung spiegelt sich auch darin wider, dass Jugendliche in der gesamten Region erheblich mehr Vertrauen in die EU als in ihre nationalen Regierungen haben.

Zwar lassen sich diese Daten dahingehend interpretieren, dass die Jugend eine potenziell wichtige Kraft bei der Europäisierung der WB6-Länder darstellt, aber zugleich weisen andere Ergebnisse darauf hin, dass es sich dabei um eine besondere Form der Europäisierung handelt, nämlich dass sich die überwältigende Mehrheit der WB6-Jugend gleichzeitig für die Ideen eines starken Sozialstaats ausspricht – wie Abbildung 4 zeigt. Auf Ebene der Region insgesamt korrelieren diese Ideen auch positiv mit der Unterstützung für die EU-Integration und größerem Vertrauen in die EU.

Die überwältigende Unterstützung für einen starken Sozialstaat (siehe die ersten drei Balkenreihen von links in Abbildung 4) könnte als Widerhall des wachsenden sogenannten *millennial socialism* in den westlichen Ländern interpretiert werden. Die Popularität sozialistischer Ideen in den WB6 geht aber einher mit einer starken Zunahme an politischer Selbstbehauptung oder sogar Autoritarismus, wie die Aussage auf Abbildung 4 rechts widerspiegelt. Die Zustimmung zu dieser Aussage ist in allen WB6-Ländern seit 2008 erheblich größer geworden.

Es besteht auch eine starke positive Korrelation zwischen der Unterstützung für eine durchsetzungsfähige politische Führung und Unterstützung für einen starken Sozialstaat. Man könnte bei solchen Ergebnissen vermuten, dass sich die politischen Präferenzen junger Menschen in WB6 in eine links-autoritäre Richtung bewegen. Scheinbar widersprüchliche Korrelationen zwischen der Unterstützung für eine durchsetzungsstarke politische Führung und sowohl Nationalismus wie auch verschiedene Aspekte prodemokratischer Einstellungen verweisen jedoch auf ein wesentlich komplexeres Bild. Betrachtet man alle Korrelationen zusammen, sollte die Toleranz gegenüber durchsetzungsfähigeren Formen der Regierungsführung nicht als Aufruf zur Überwindung der Demokratie verstanden werden, sondern als Wunsch, dass sie funktionieren möge.

Unsere Analysen legen den Schluss nahe, dass die Toleranz gegenüber durchsetzungsstarken Formen der Regierungsführung

in anhaltend hohen wirtschaftlichen Unsicherheiten begründet ist. Infolgedessen befürworten junge Menschen gesellschaftspolitische Werte, von denen sie sich mehr wirtschaftlichen Wohlstand und Sicherheit versprechen.¹⁴ Man sollte die proeuropäische Einstellung der Jugendlichen in den WB6-Ländern auch von dieser Warte betrachten.

5

Das Interesse an Politik ist sehr gering und in den letzten Jahren noch zurückgegangen. Trotzdem scheint das demokratische Potenzial der WB6-Jugend, was ihr Wahlverhalten und zivilgesellschaftliches Engagement anbetrifft, auch im Vergleich zu den SOE-EU-Ländern beträchtlich zu sein.

Der Anteil junger Menschen, die zumindest ein bisschen Interesse an nationaler Politik bekunden, ist in der gesamten Region seit den Umfragen FES Youth Studies 2011–2015 erheblich zurückgegangen, was deutlich macht, dass die Politikverdrossenheit unter den Jugendlichen in den letzten Jahren gewachsen ist. Eine große Mehrheit der Jugendlichen gibt außerdem zu, wenig über Politik zu wissen, wobei der Anteil derer, die der Aussage, sich in der Politik auszukennen, nicht zustimmen, zwischen 81 % in BuH und 88 % in Albanien liegt.

Das bedeutet aber nicht zwangsläufig, dass die Jugendlichen sich im Allgemeinen aus dem politischen Prozess heraushalten wollen. So liegt z. B. die Zustimmung zu der Aussage ‚junge Menschen sollten mehr Möglichkeiten haben, in der Politik mitzureden‘ zwischen 62 % in Serbien und 84 % in BuH. Junge Menschen in der WB6-Region beteiligen sich außerdem in relativ zufriedenstellendem Ausmaß an Wahlen, wobei die Wahlbeteiligung von 59 % in Montenegro bis 84 % in Mazedonien reicht.¹⁵

Wie die Ergebnisse in Abbildung 5 andeuten, wären sogar noch mehr Jugendliche bereit, sich an Wahlen zu beteiligen, sogar mehr als in den SOE-EU-Ländern. Das demokratische Potenzial junger Menschen in Bezug auf eine Wahlbeteiligung kann deshalb in den WB6-Ländern als hoch eingeschätzt werden, vor allem angesichts des geringen Interesses an und Wissens über Politik unter den Jugendlichen.

Das Potenzial für eine nicht-konventionelle politische Beteiligung (siehe die drei Balkenreihen rechts auf Abbildung 5) ist vielleicht geringer, wie zu erwarten war, aber immer noch erheblich. Mit Ausnahme von Albanien und Kosovo liegt es über dem Niveau der SOE-EU-Länder. So waren und sind fast die Hälfte der jungen Menschen in Montenegro, Serbien und BuH bereit, sich an ehrenamtlichen Aufgaben oder Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen zu beteiligen.

Es ist nicht verwunderlich, dass beide Formen der politischen Beteiligung in der Tendenz positiv mit Indikatoren für einen höheren

sozioökonomischen Status korrelieren, z. B. Bildungsniveau, elterlicher Bildungsstand oder der finanzielle Status des Haushalts. Außerdem sind junge Menschen, die zu Bildungs- oder Ausbildungszwecken einige Zeit im Ausland verbracht haben, erwartungsgemäß erheblich mehr an Politik interessiert, bekunden mehr Kenntnisse über Politik, sind sehr viel eher bereit, ein politisches Amt zu übernehmen und beteiligen sich aktiv im nicht-konventionellen politischen Bereich.

Seltsamerweise gibt es auch eine positive Korrelation zwischen dem Wahlverhalten und Unterstützung des Sozialstaats einerseits und der Unterstützung für eine durchsetzungsstarke politische Führung und insbesondere Unterstützung für die EU-Integration andererseits. In Bezug auf nicht-konventionelle Formen des politischen Engagements lässt eine statistische Analyse auf regionaler Ebene den Schluss zu, dass – anders als beim Wahlverhalten – junge Menschen, die einen starken Sozialstaat befürworten, sich etwas weniger häufig an Petitionen, Demonstrationen oder Boykotts beteiligen und auch seltener ehrenamtlich arbeiten oder sich online an politischen Aktivitäten beteiligen. Ähnliche Korrelationen ergaben sich in Bezug auf die Unterstützung für die EU-Integration und Unterstützung für eine selbstbewusste politische Führung. In der Theorie lassen sich diese Korrelationen mit einer stärker ausgeprägten äußeren Kontrollüberzeugung unter den Befürwortern eines starken Sozialstaats,¹⁶ einer selbstbewussten politischen Führung und der EU erklären. Diese drei Ideen beziehen sich alle auf starke externe Akteure (politische Parteien/politische Führungskräfte/EU), von denen die Lösung der dringendsten sozialen Probleme erwartet wird. Andererseits muss betont werden, dass die negativen Korrelationen in Bezug auf eine nicht-konventionelle politische Beteiligung sehr schwach waren und vermuten lassen, dass die Befürworter_innen eines Sozialstaats immer noch eine große Mehrheit unter den nicht-konventionell aktiven Jugendlichen bilden. So stimmen nicht weniger als 68% derjenigen, die an einer Demonstration teilgenommen haben oder teilnehmen würden, vollkommen der Aussage zu, dass die Regierung mehr Verantwortung übernehmen sollte um sicherzustellen, dass jeder versorgt ist.

Insgesamt lassen die vorliegenden Ergebnisse den Schluss zu, dass unter den Jugendlichen in den WB6-Ländern potenziell eine erhebliche Wahlunterstützung für sozialistische oder sozialdemokratische und proeuropäische Parteien besteht, insbesondere unter einer charismatischen Führung.

Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen

Die Jugendlichen in den WB6-Ländern leiden weiterhin unter einem schwerwiegenden Mangel an hochwertigen Beschäftigungsmöglichkeiten. Abgesehen von hoher Arbeitslosigkeit arbeitet die Mehrheit der beschäftigten Jugendlichen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass junge Menschen in der Region eine sehr starke Präferenz für eine Stelle

im öffentlichen Dienst äußern. Besorgniserregend ist dabei jedoch die Tatsache, dass die Mitgliedschaft in einer Partei als wesentlicher Faktor für den Zugang zu Arbeitsplätzen betrachtet wird; dies ist nur einer von mehreren Indikatoren dafür, dass die Erfahrung von Korruption zunehmend zu einem integralen Bestandteil des Alltagslebens geworden ist. Diese Situation gibt dem starken Emigrationswunsch weiter Auftrieb, der unter Jugendlichen in den WB6-Ländern sehr viel ausgeprägter ist als unter den Jugendlichen der SOE-EU-Länder.

Wirtschaftliche Unsicherheiten tragen wesentlich zur sehr verbreiteten Unterstützung für einen starken Sozialstaat und eine durchsetzungsstarke politische Führung bei. Zusammen mit einer ausgeprägt proeuropäischen Einstellung sind diese beiden Faktoren zentrale politische Orientierungspunkte der heutigen Jugend in den WB6-Ländern. Trotz deutlicher Politikverdrossenheit befürworten die meisten Jugendlichen in der gesamten Region mehr Mitsprachemöglichkeiten in der Politik und sind durchaus bereit, an Parlamentswahlen teilzunehmen. In den meisten WB6-Ländern besteht auch ein beträchtliches Potenzial für nicht-konventionelle politische Beteiligung, wie z. B. die Unterzeichnung von Petitionen online oder Teilnahme an Demonstrationen.

Angesichts dieser Ergebnisse möchten wir folgende Maßnahmen in Bezug auf die in diesem Kurzpapier angesprochenen vier wesentlichen Themenfelder empfehlen:

Zur Beschäftigungslage der Jugendlichen:

- Zur Bekämpfung hoher Arbeitslosigkeit und der erheblichen Zahl an nicht von bildungs- oder arbeitsmarktrelevanten Maßnahmen erfassten Jugendlichen (NEETs) sollten jugendspezifische Garantieprojekte in Form aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen wie auch besserer Bildungs- und Ausbildungschancen gefördert oder initiiert werden. Solche Garantieprogramme sollten insbesondere berufsbezogenes Lernen fördern. Jugendmobilitätsprogramme zur Aufnahme von Arbeit oder Weiterbildung im Ausland sollten weiterentwickelt werden.
- Um den Teufelskreis von befristeter Beschäftigung und Gelegenheitsarbeit für Jugendliche zu durchbrechen, sollte es mehr Beschäftigungsschutz und gewerkschaftliche Jugendvertretungen geben.
- Um die Chancen Jugendlicher bei der Stellensuche zu verbessern, sollten Online-Suchplattformen und Arbeitsvermittlungsdienste verbessert werden.
- Das Problem der fehlenden Abstimmung zwischen der Qualifizierung im Bildungswesen und den Anforderungen der Arbeitsmärkte (skills mismatches) sollte durch bessere Koordination und Informationsaustausch zwischen der Privatwirtschaft und Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, einschließlich Verbesserungen in der Berufsausbildung, angegangen werden.

Zur Verbreitung informeller Praktiken:

- Eine wirksame Bekämpfung der Korruption und wirksamere Förderung und Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien sind Grundvoraussetzungen, um die Toleranz gegenüber informellen Praktiken unter Jugendlichen zu reduzieren.

- Reformen im Bildungswesen sollten nachprüfbar, zuverlässige und transparente Regeln und Verfahren stärken, um die Korruption zu bekämpfen.

Zur Migration:

- Maßnahmen zur Verhinderung von Emigration sollten gefördert werden. Diese Maßnahmen sollten wirtschaftliche Unsicherheit und fehlende Beschäftigungschancen als wichtigste Auswanderungsgründe in den Blick nehmen.
- Es sollten Anreize für eine Rückkehrmigration auf Basis einer Kooperation zwischen Entsende- und Aufnahmeländern geschaffen werden. So könnten z. B. Anreize für die Arbeitgeber_innen in den Entsendeländern zugunsten einer Rekrutierung von Fachleuten mit Arbeits- oder Ausbildungserfahrung im Ausland solche Fachkräfte veranlassen, in ihre Heimatländer zurückzukehren.

Zum politischen und zivilgesellschaftlichen Engagement:

- Politische Entscheidungsträger_innen sollten nach Möglichkeiten suchen, den Jugendlichen bessere politische Kenntnisse zu vermitteln. Programme der politischen Bildung zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements sollten in der Region, vor allem durch Schulen und digitale Medien, gefördert werden.
- Sowohl die NROs wie die Regierungen sollten mehr tun, um Möglichkeiten zur ehrenamtlichen Tätigkeit und anderen Formen zivilgesellschaftlichen Engagements für Jugendliche zu fördern.
- Die politische Vertretung junger Menschen sollte sowohl über die Strukturen von Volksparteien wie auch durch Vertretungsorgane wie Jugendräte und –ausschüsse gestärkt werden. Die politischen Entscheidungsträger_innen sollten auch mehr tun, um dem Wunsch der Jugendlichen nach allgemeiner wirtschaftlicher Sicherheit und europäischer Integration nachzukommen und in tatsächliches politisches Handeln umzusetzen, und dabei die jungen Menschen direkt einzubeziehen.
- Angesichts der universellen Nutzung des Internets und dem bereits bestehenden Interesse junger Menschen an einem politischen Engagement online sollte die elektronische Beteiligung (e-participation) Jugendlicher durch die Entwicklung von Online-Plattformen von oben nach unten (top-down) sowie unten nach oben (bottom-up) unterstützt werden.
- Wegen der positiven Wirkungen internationaler Bildungsmobilität sollten die Länder stärker für eine Beteiligung an bestehenden Mobilitäts- und Austauschprogrammen wie Erasmus+ oder den Europäischen Freiwilligendienst (EFD) sowie vom Regionalen Jugendkooperationsrat (engl. Abkürzung: RYCO) angebotenen Programmen werben.

Über den Autor

Miran Lavrič ist außerordentlicher Professor der Soziologie an der Universität von Maribor, Slowenien. Er hat an zahlreichen Forschungsprojekten mit Schwerpunkt Jugend in Slowenien und der Region Südosteuropa mitgewirkt und hat dazu und zu anderen soziologischen Themen eine Reihe wissenschaftlicher Artikel in internationalen Fachzeitschriften veröffentlicht. Er war Leiter einer umfassenden nationalen Studie zu Jugendlichen in Slowenien (2010) und als Forscher an vielen anderen Jugendstudien in Slowenien und an mehreren internationalen Studien beteiligt, die sich mit Gesellschaften in Südosteuropa beschäftigten.

Endnoten

[1] Die Europäische Kommission. (2018, 6. Feb.) A credible enlargement perspective for and enhanced EU engagement with the Western Balkans. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen (COM/2018/065 final). Aus <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/en/TXT/?uri=CELEX%3A52018DC0065>

[2] S. dazu z. B.: Taleski, D., Reimbold, H., & Hurrelmann, K. (2015). Building democracies in South East Europe: Youth as an unwilling agent? In K. Hurrelmann & M. Weichert (Hsg.), *Lost in Democratic Transition? Political Challenges and Perspectives for Young People in South East Europe* (S. 15–66). Sarajewo: Friedrich-Ebert-Stiftung Regionaldialog SOE.

[3] Montenegro wurde nicht in die Umfrage einbezogen.

[4] Die Forschungsergebnisse wurden in der Regionalstudie FES Youth Study Southeast Europe 2018/19 veröffentlicht. Die vorliegende Kurzdarstellung ist eine Zusammenfassung wesentlicher Erkenntnisse der Studie, die für die gesonderte Analyse der WB6-Länder verwendet wurden. Für weitere Informationen zu Methodik und statistischer Analyse s. die Regionalstudie, zu finden unter www.fes.de/youth-studies.

[5] Man beachte: Die Befragten wurden auf der Grundlage ihrer Antworten eingeordnet. Diejenigen, die Optionen wählten, die nicht in der Abbildung genannt sind (z. B. in Bildung oder Ausbildung, andere oder weiß nicht) wurden nicht für die Analyse erfasst. D. h. die Daten in Abbildung 1 beziehen sich auf junge Arbeitskräfte.

[6] Diese Kategorie umfasste befristete Verträge für einen Vollzeitjob, befristete Verträge für einen Teilzeitjob, Gelegenheitsarbeit und selbständige Tätigkeit.

[7] Prozentsatz derjenigen, die Antwort 4 (‘stimme zu’) oder 5 (‘stimme vollkommen zu’) auf einer Skala von 1 bis 5 wählten.

[8] Ashforth, B. E., & Anand, V. (2003). The Normalization of Corruption in Organizations. *Research in Organizational Behavior* 25, 1-52.

[9] Karklins, R. (2005). *The System Made Me Do It: Corruption in Post-Communist Societies*. Armonk, NY: M.E. Sharpe.

[10] Prozentsätze wurden auf der Grundlage von zwei Variablen errechnet und umfassen jene, die (1) einen starken oder sehr starken Emigrationswunsch äußerten und (2) aussagten, dass die von ihnen bevorzugte Aufenthaltsdauer im Ausland 10 Jahre oder mehr betrage.

[11] Die einzige Ausnahme war Slowenien.

[12] Berücksichtigt wurde nur die Altersgruppe 25–29.

[13] Aufgrund unterschiedlicher Fragebögen für die Umfrage konnten wir nur die Daten für drei Länder vergleichen mit Begrenzung der Analyse auf die Altersgruppe 16–27. Die Ergebnisse belegen, dass die Unterstützung für einen EU-Beitritt von 73 % auf 81 % in Mazedonien, von 82 % auf 89 % in Kosovo und von 89 % auf 94 % in Albanien gestiegen ist.

[14] So ist z. B. die Unterstützung für den Sozialstaat und für eine durchsetzungsstarke Führung erheblich ausgeprägter unter Jugendlichen mit niedrigerem sozioökonomischen Status, die gewöhnlich stärker von wirtschaftlicher Unsicherheit betroffen sind.

[15] Diese Analyse berücksichtigt nur Wahlberechtigte in den letzten Wahlen.

[16] S.: Kouba, L., Pitlik, H. (2014). I wanna live my life: Locus of Control and Support for the Welfare State. *Mendelu Working Papers in Business and Economics* 46/2014. Mendel University in Brno. Aus <http://ideas.repec.org/s/men/wpaper.html>

DIE FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch

- Politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft
- Politikberatung
- Internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern
- Begabtenförderung
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u.a. Archiv und Bibliothek.

JUGENDSTUDIEN SÜDOSTEUROPA 2018/2019:

Bei den „FES Jugendstudien Südosteuropa“ handelt es sich um ein internationales Jugendforschungsprojekt, das gleichzeitig in zehn Ländern Südosteuropas durchgeführt wurde: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Rumänien, Serbien und Slowenien. Das zentrale Ziel der Studien bestand in der Identifizierung, Beschreibung und Analyse der Einstellungen und Verhaltensmuster junger Menschen in der heutigen Gesellschaft.

Die Daten wurden Anfang 2018 unter mehr als 10.000 Befragten im Alter 14–29 in den oben genannten Ländern erhoben. Die gestellten Fragen deckten ein breites Themenspektrum ab, u. a. Erfahrungen und Wünsche junger Menschen in verschiedenen Lebensbereichen wie z. B. Bildung, Beschäftigung, politische Teilhabe, Familienbeziehungen, Freizeit und Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie, aber auch ihre Werte, Einstellungen und Überzeugungen.

Die Ergebnisse werden in zehn nationalen und einer regionalen Studie sowie begleitenden Kurzanalysen präsentiert, die sowohl auf Englisch wie auch in den jeweiligen Landessprachen veröffentlicht sind.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Friedrich-Ebert-Stiftung

Dialogue Southeast Europe

Kupreška 20 • 71 000 Sarajevo • Bosnia and Herzegovina

www.fes-southeasteurope.org

www.fes.de/jugendstudien-suedosteuropa

VERANTWORTLICH: Felix Henkel, Director,

Dialogue Southeast Europe

KONTAKT: martin.guettler@fes.de

GESTALTUNG: Andrea Schmidt • Typografie/im/Kontext

DATUM: 2019

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) oder der Organisation, für die die Autor_innen arbeiten. Die FES übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit aller in dieser Veröffentlichung verwendeten Informationen und Daten. Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Medien ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Soweit auf Kosovo verwiesen wird, erfolgt dies unbeschadet der Positionen zum Status und im Einklang mit UNSCR 1244/1999 und der Stellungnahme des IGH zur Unabhängigkeitserklärung Kosovos.

Während der Produktion dieser Publikation war der Prozess der verfassungsrechtlichen Änderung des Namens der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien in Republik Nordmazedonien noch nicht abgeschlossen. Daher bezieht sich jegliche Nennung Mazedoniens in dieser Publikation auf den VN-Namen.

WEITERE INFORMATIONEN UND ALLE FES JUGENDSTUDIEN FINDEN SIE HIER:

www.fes.de/jugendstudien-suedosteuropa